

**Allgemeine Geschäftsbedingungen
für Lebens- & Sozialberatung**

Stand: März 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Geltungsbereich und Vertragsgegenstand.....	2
2. Leistungsumfang	2
3. Zustandekommen des Beratungsvertrages.....	2
4. Terminvereinbarung, Absage und Stornierung.....	2
5. Honorar und Zahlungsbedingungen.....	3
6. Rücktrittsrecht für Verbraucher:innen.....	3
7. Pflichten und Mitwirkung der Klient:in	3
8. Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz.....	4
9. Besonderheiten bei Online Beratung.....	4
10. Haftung und Haftungsbeschränkungen	5
11. Beendigung des Beratungsverhältnisses.....	5
12. Urheberrechte und Nutzungsrechte	5
13. Schweigepflichtentbindung und Kommunikation mit Dritten	6
14. Salvatorische Klausel	6
15. Anwendbares Recht und Gerichtsstand.....	6
16. Schlussbestimmungen.....	6

1. Geltungsbereich und Vertragsgegenstand

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden: AGB) gelten für sämtliche Beratungs- und Betreuungsleistungen, die von Soulis Life Management FlexCo. Lisa Stöger (im Folgenden: Beraterin), im Rahmen der gewerblichen Lebens- und Sozialberatung gemäß § 119 Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) sowie des Mentaltrainings erbracht werden. Klient:innen im Sinne dieser AGB sind natürliche Personen, die die Beratungsleistungen zu privaten Zwecken in Anspruch nehmen und daher Verbraucher:innen im Sinne des § 1 Abs 1 Z 2 Konsumentenschutzgesetz (KSchG) sind. Diese AGB gelten für alle Beratungsformen, insbesondere für Einzelberatungen, Paarberatungen, Gruppenberatungen sowie für Beratungen in Präsenz oder im Wege der Fernkommunikation (Online-Beratungen, Telefon- oder Videoberatungen). Mit der Buchung einer Beratungsleistung, spätestens jedoch mit der Inanspruchnahme der ersten Beratungseinheit, erklärt sich der/die Klient:in mit der Geltung dieser AGB einverstanden. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Bedingungen des/der Klient:in werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Die Beraterin behält sich vor, diese AGB jederzeit zu ändern. Änderungen werden der Klient:in rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten in Textform (insbesondere per E-Mail) mitgeteilt. Die geänderten AGB gelten als genehmigt, wenn der/die Klient:in nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Mitteilung in Textform widerspricht. Die Beraterin wird in der Änderungsmitteilung auf die Widerspruchsmöglichkeit, die Widerspruchsfrist und die Rechtsfolgen des Schweigens gesondert hinweisen.

2. Leistungsumfang

Die Beraterin erbringt Leistungen im Bereich der Lebens- und Sozialberatung gemäß § 119 GewO 1994. Dazu gehört insbesondere die Beratung und Betreuung von Menschen im Zusammenhang mit Persönlichkeitsproblemen, Ehe- und Familienproblemen, Erziehungsproblemen, Berufsproblemen und sexuellen Problemen sowie die psychologische Beratung mit Ausnahme der Psychotherapie. Weiters werden Leistungen im Bereich des Mentaltrainings erbracht, die der mentalen Stärkung, Persönlichkeitsentwicklung und Zielerreichung dienen. Die Beratung erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen unter Anwendung anerkannter Methoden der Lebens- und Sozialberatung sowie des Mentaltrainings. Die Beratungsleistungen ersetzen ausdrücklich keine ärztliche, psychotherapeutische, psychiatrische oder klinisch-psychologische Behandlung. Bei Vorliegen oder Verdacht auf das Vorliegen einer psychischen Erkrankung, einer akuten Krisensituation oder Suizidalität wird der/die Klient:in an entsprechende Fachstellen (Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen, Krisendienste) verwiesen. Die Beraterin ist nicht befugt, Diagnosen zu stellen, Medikamente zu verschreiben oder Heilbehandlungen durchzuführen. Die Beratung setzt die aktive Mitarbeit und Eigenverantwortung der Klient:in voraus. Die Umsetzung von im Rahmen der Beratung erarbeiteten Lösungsansätzen, Empfehlungen und Übungen erfolgt ausschließlich in Eigenverantwortung des/der Klient:in.

3. Zustandekommen des Beratungsvertrages

Der Beratungsvertrag kommt durch die verbindliche Buchung eines Beratungstermins durch den/die Klient:in und die Annahme dieser Buchung durch die Beraterin zustande. Die Buchung kann telefonisch, per E-Mail, über die Website oder persönlich erfolgen. Die Beraterin bestätigt die Terminvereinbarung in Textform (insbesondere per E-Mail oder SMS). Mit der Bestätigung gilt der Vertrag als geschlossen. Die Beraterin behält sich vor, Buchungen ohne Angabe von Gründen abzulehnen, insbesondere wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht möglich erscheint oder die gewünschte Leistung nicht im Leistungsspektrum der Beraterin liegt.

4. Terminvereinbarung, Absage und Stornierung

Beratungen erfolgen ausschließlich nach vorheriger Terminvereinbarung. Der/Die Klient:in ist verpflichtet, zu den vereinbarten Terminen pünktlich zu erscheinen bzw. bei Online-Beratungen rechtzeitig erreichbar zu sein. Absagen oder Verschiebungen von vereinbarten Terminen durch den/die Klient:in sind der Beraterin unverzüglich, jedenfalls aber rechtzeitig vor dem vereinbarten Termin mitzuteilen. Die Mitteilung kann telefonisch, per E-Mail oder SMS erfolgen. Für Absagen oder Verschiebungen gelten folgende Regelungen: a) Bei Absage oder Verschiebung bis spätestens 48 Stunden (zwei volle Werktage) vor dem vereinbarten Termin erfolgt keine Verrechnung. Der Termin

kann kostenfrei storniert oder verschoben werden. b) Bei Absage oder Verschiebung zwischen 48 Stunden und 24 Stunden vor dem vereinbarten Termin wird eine Ausfallpauschale in Höhe von EUR 40,00 (vierzig Euro) verrechnet. c) Bei Absage oder Verschiebung innerhalb von 24 Stunden vor dem vereinbarten Termin oder bei Nichterscheinen der Klient:in ohne vorherige Absage wird das volle vereinbarte Honorar für die ausgefallene Beratungseinheit in Rechnung gestellt. Die Frist zur Absage bzw. Stornierung beginnt mit dem Zugang der Absage- oder Verschiebungsmitteilung bei der Beraterin. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des tatsächlichen Zugangs, nicht der Zeitpunkt der Absendung. Von dieser Frist kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn der/die Klient:in nachweist, dass die Absage oder das Nichterscheinen auf einem unvorhersehbaren und unverschuldeten Ereignis (insbesondere akute schwere Erkrankung, Unfall, Todesfall im engsten Familienkreis) beruht. Der Nachweis ist unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Werktagen nach dem ausgefallenen Termin, zu erbringen. Muss die Beraterin einen vereinbarten Termin absagen oder verschieben, wird sie den/die Klient:in unverzüglich informieren und einen Ersatztermin anbieten. Bereits geleistete Zahlungen werden in diesem Fall vollständig rückerstattet oder auf den Ersatztermin angerechnet. Weitergehende Ansprüche des/der Klient:in bestehen nicht, es sei denn, die Absage erfolgte vorsätzlich oder grob fahrlässig.

5. Honorar und Zahlungsbedingungen

Für die Beratungsleistungen wird pro angefangene Beratungseinheit à 50 Minuten ein Honorar verrechnet. Die Beraterin kann nach eigenem Ermessen, auch aliquote Verrechnung in Betracht ziehen. Die Höhe des Honorars bezieht sich auf die Art, der in Anspruch genommenen Beratung. Das Honorar ist unmittelbar nach Erbringung der Beratungsleistung fällig und zu bezahlen, sofern nicht ausdrücklich eine abweichende Zahlungsvereinbarung getroffen wurde. Die Beraterin sendet nach geleistetem Termin eine entsprechende Rechnung an die Klientin/ den Klienten diese ist binnen zwei Wochen ab Einlangen per Überweisung inkl. USt. (20%) zu begleichen. Kommt der/die Klient:in mit der Zahlung des Honorars in Verzug, ist die Beraterin berechtigt, weitere Beratungstermine bis zur vollständigen Begleichung der offenen Forderungen auszusetzen. Ab Eintritt des Verzugs sind Verzugszinsen in Höhe von 4 % (vier Prozent) pro Jahr zu zahlen. Die Beraterin ist berechtigt, für die zweckentsprechende Betreuung oder Einbringung offener Forderungen notwendige Kosten (insbesondere Mahnspesen, Inkassokosten, angemessene Rechtsanwaltskosten) der Klient:in in Rechnung zu stellen. Die Beraterin behält sich vor, die Honorare mit einer Ankündigungsfrist von vier Wochen anzupassen. Bereits vereinbarte Termine werden zu den zum Zeitpunkt der Vereinbarung gültigen Konditionen abgerechnet.

6. Rücktrittsrecht für Verbraucher:innen

Wurde der Beratungsvertrag außerhalb der Geschäftsräume der Beraterin (insbesondere telefonisch, per E-Mail oder über die Website) geschlossen, steht der Klient:in als Verbraucher:in gemäß § 3 Konsumentenschutzgesetz (KSchG) ein Rücktrittsrecht zu. Der/Die Klient:in kann von ihrer Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen zurücktreten. Die Frist beginnt mit dem Tag des Vertragsabschlusses. Der Rücktritt ist in Textform (insbesondere per Brief, E-Mail oder Fax) zu erklären. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Rücktrittserklärung. Das Rücktrittsrecht erlischt vorzeitig, wenn die Beraterin mit der Erbringung der Dienstleistung mit ausdrücklicher Zustimmung der Klient:in vor Ablauf der Rücktrittsfrist begonnen hat und der/die Klient:in vor Abgabe ihrer Vertragserklärung auf den Verlust des Rücktrittsrechts bei vollständiger Vertragserfüllung hingewiesen wurde. Hat die Klient:in verlangt, dass die Beratungsleistung innerhalb der Rücktrittsfrist beginnen soll, und tritt sie dennoch zurück, hat sie der Beraterin einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil, der bis zum Zeitpunkt des Rücktritts bereits erbrachten Leistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der vertraglich vorgesehenen Leistungen entspricht.

7. Pflichten und Mitwirkung der Klient:in

Der/Die Klient:in verpflichtet sich, alle für die Beratung wesentlichen Informationen wahrheitsgemäß und vollständig mitzuteilen. Dies umfasst insbesondere Informationen über bestehende oder frühere psychische oder physische Erkrankungen, laufende Behandlungen, Medikamenteneinnahme sowie alle sonstigen Umstände, die für die Beratung von Bedeutung sein können. Der/Die Klient:in ist

verpflichtet, die Beraterin unverzüglich zu informieren, wenn sich während der Beratung wesentliche Änderungen in ihrem Gesundheitszustand oder ihrer Lebenssituation ergeben. Der/Die Klient:in nimmt zur Kenntnis, dass der Erfolg der Beratung wesentlich von ihrer aktiven Mitarbeit, Offenheit und Bereitschaft zur Umsetzung der erarbeiteten Lösungsansätze abhängt. Bei Online-Beratungen ist der/die Klient:in für eine geeignete technische Ausstattung (insbesondere Computer, Tablet oder Smartphone mit Kamera und Mikrofon, stabile Internetverbindung, geeignete Software) sowie für einen störungsfreien und vertraulichen Raum verantwortlich. Der/Die Klient:in verpflichtet sich, während der Beratung keine Ton- oder Bildaufnahmen anzufertigen, es sei denn, die Beraterin hat dem ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

8. Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz

Die Beraterin unterliegt der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht gemäß § 119 Abs. 4 GewO 1994. Sie ist verpflichtet, über alle ihr im Rahmen der Beratung anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen, Informationen und Umstände Stillschweigen zu bewahren. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Beratungsverhältnisses fort und umfasst sämtliche Informationen, die die Beraterin im Zusammenhang mit der Beratung erlangt hat. Von der Verschwiegenheitspflicht ist die Beraterin nur befreit, wenn und insoweit der/die Klient:in sie ausdrücklich und schriftlich von dieser Pflicht entbunden hat oder eine gesetzliche Offenbarungspflicht besteht (insbesondere bei konkreter Gefahr für Leib und Leben der Klient:in oder Dritter, bei Vorliegen von Anhaltspunkten für Kindeswohlgefährdung oder bei behördlichen Auskunftsverlangen im Rahmen gesetzlicher Befugnisse). Die Beraterin verarbeitet personenbezogene Daten der Klient:in ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Datenschutzgesetzes (DSG). Nähere Informationen zur Datenverarbeitung, zu den Rechten der Klient:in sowie zu den Kontaktdaten der Beraterin finden sich in der gesonderten Datenschutzerklärung, die auf der Website der Beraterin abrufbar ist und der Klient:in auf Wunsch jederzeit in Textform zur Verfügung gestellt wird. Die Beraterin ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten sowie zur Qualitätssicherung Aufzeichnungen über den Beratungsverlauf anzufertigen. Diese Aufzeichnungen werden vertraulich behandelt und sicher verwahrt. Der/Die Klient:in hat das Recht, Einsicht in die sie betreffenden Aufzeichnungen zu nehmen. Eine Weitergabe von Informationen an Dritte (insbesondere Ärzt:innen, Therapeut:innen, Angehörige) erfolgt ausschließlich mit ausdrücklicher schriftlicher Einwilligung der Klient:in, es sei denn, eine gesetzliche Verpflichtung zur Weitergabe besteht.

9. Besonderheiten bei Online-Beratung

Online-Beratungen werden über geeignete Kommunikationsplattformen (insbesondere Videokonferenz-Tools) durchgeführt. Die Beraterin wählt nach pflichtgemäßem Ermessen eine Plattform aus, die den datenschutzrechtlichen Anforderungen entspricht. Der/Die Klient:in ist für die Bereitstellung der erforderlichen technischen Ausstattung selbst verantwortlich. Dies umfasst insbesondere: a) Ein geeignetes Endgerät (Computer, Tablet oder Smartphone) mit funktionsfähiger Kamera und Mikrofon b) Eine stabile Internetverbindung mit ausreichender Bandbreite c) Die Installation und Funktionsfähigkeit der erforderlichen Software bzw. den Zugang zur verwendeten Plattform d) Einen ruhigen, störungsfreien Raum, der die Vertraulichkeit des Gesprächs gewährleistet Für technische Störungen, Verbindungsabbrüche oder Übertragungsprobleme, die nicht im Verantwortungsbereich der Beraterin liegen, übernimmt diese keine Haftung. Kommt es während einer Online-Beratung zu technischen Problemen, die eine Fortsetzung der Beratung unmöglich machen, wird die Beraterin sich bemühen, die Beratung zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen oder einen Ersatztermin anzubieten. Wird eine Online-Beratung aufgrund technischer Probleme auf Seiten der Klient:in vorzeitig abgebrochen und kann nicht innerhalb angemessener Zeit (in der Regel 15 Minuten) fortgesetzt werden, wird das Honorar anteilig für die tatsächlich erbrachte Beratungszeit verrechnet, mindestens jedoch 50 % des vereinbarten Honorars. Die Beraterin weist darauf hin, dass bei der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel trotz Einsatz angemessener Sicherheitsmaßnahmen ein Restrisiko hinsichtlich der Vertraulichkeit und Datensicherheit verbleibt. Der/Die Klient:in nimmt dieses Restrisiko durch die Inanspruchnahme von Online-Beratungen zur Kenntnis und akzeptiert es.

10. Haftung und Haftungsbeschränkungen

Die Beraterin haftet für Schäden, die sie oder ihre Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben, unbeschränkt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Für Schäden, die auf leichter Fahrlässigkeit beruhen, haftet die Beraterin nur bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der/die Klient:in regelmäßig vertrauen darf. In diesen Fällen ist die Haftung auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden begrenzt. Die Haftung für Personenschäden (Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit) bleibt von den Haftungsbeschränkungen des Abs 2 unberührt und richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Beraterin übernimmt keine Haftung für den Erfolg der Beratung oder für das Erreichen bestimmter von dem/der Klient:in angestrebter Ziele. Die Beratung stellt eine Dienstleistung dar, bei der die Beraterin zur sorgfältigen und fachgerechten Erbringung der Beratungsleistung verpflichtet ist, nicht jedoch für einen bestimmten Erfolg einsteht. Die Beraterin haftet nicht für Schäden, die daraus resultieren, dass der/die Klient:in unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben gemacht hat oder wesentliche Informationen verschwiegen hat. Die Beraterin haftet nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass der/die Klient:in Empfehlungen, Übungen oder Lösungsansätze unsachgemäß, entgegen den Anweisungen der Beraterin oder ohne Rücksprache mit behandelnden Ärzt:innen oder Therapeut:innen umsetzt. Die Beraterin haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, durch von ihr nicht zu vertretende technische Störungen (insbesondere bei Online-Beratungen) oder durch sonstige außerhalb ihres Einflussbereichs liegende Umstände verursacht werden. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten sinngemäß auch zugunsten der Erfüllungsgehilfen der Beraterin.

11. Beendigung des Beratungsverhältnisses

Sowohl der/die Klient:in als auch die Beraterin können das Beratungsverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen beenden. Die Beendigung bedarf der Textform (insbesondere E-Mail, Brief oder persönliche Erklärung). Bei Beendigung des Beratungsverhältnisses durch den/die Klient:in sind bereits in Anspruch genommene Beratungsleistungen in jedem Fall vollständig zu bezahlen. Für bereits vereinbarte, aber noch nicht in Anspruch genommene Termine gelten die Stornierungsregelungen gemäß § 4 dieser AGB. Die Beraterin ist zur außerordentlichen Beendigung des Beratungsverhältnisses aus wichtigem Grund berechtigt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn: a) die Klient:in trotz Mahnung mit der Zahlung des Honorars für mehr als zwei Beratungseinheiten in Verzug ist; b) die Klient:in wiederholt vereinbarte Termine ohne rechtzeitige Absage nicht wahrnimmt; c) die Klient:in sich gegenüber der Beraterin oder deren Mitarbeiter:innen grob ungebührlich, beleidigend, bedrohlich oder gewalttätig verhält; d) die Klient:in trotz Hinweises wiederholt gegen wesentliche Mitwirkungspflichten verstößt; e) die vertrauensvolle Zusammenarbeit aus anderen in der Person oder im Verhalten der Klient:in liegenden Gründen nicht mehr möglich ist; f) die Beraterin erkennt, dass die Problematik der Klient:in außerhalb ihres fachlichen Kompetenzbereichs liegt und eine Weiterbehandlung durch andere Fachpersonen (insbesondere Psychotherapeut:innen, Ärzt:innen) erforderlich ist. Bei einer Beendigung des Beratungsverhältnisses durch die Beraterin gemäß Abs 3 lit f wird diese der Klient:in nach Möglichkeit eine Empfehlung für geeignete Fachstellen oder Fachpersonen aussprechen. Im Falle der außerordentlichen Beendigung durch die Beraterin aus wichtigem Grund, der in der Sphäre der Klient:in liegt (Abs 3 lit a bis e), besteht kein Anspruch auf Rückerstattung bereits geleisteter Zahlungen.

12. Urheberrechte und Nutzungsrechte

Alle im Rahmen der Beratung von der Beraterin erstellten Unterlagen, Konzepte, Übungen, Arbeitsblätter und sonstigen Materialien sind urheberrechtlich geschützt. Der/Die Klient:in erhält an den ihr im Rahmen der Beratung ausgehändigten Materialien ein einfaches, nicht übertragbares Nutzungsrecht ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch. Eine Vervielfältigung, Verbreitung, öffentliche Wiedergabe oder sonstige Verwertung der Materialien, insbesondere zu gewerblichen Zwecken, ist ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Beraterin nicht gestattet.

13. Schweigepflichtentbindung und Kommunikation mit Dritten

Die Beraterin ist nur dann berechtigt, mit Dritten (insbesondere Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen, Angehörigen, Arbeitgeber:innen) über die Beratung oder die Person, den/r Klient:in zu kommunizieren, wenn der/die Klient:in sie ausdrücklich und schriftlich von der Verschwiegenheitspflicht entbunden hat. Eine Schweigepflichtentbindung ist nur wirksam, wenn sie schriftlich erteilt wird und den Umfang der Entbindung sowie die Person(en), gegenüber denen die Entbindung gelten soll, konkret bezeichnet. Der/Die Klient:in kann eine erteilte Schweigepflichtentbindung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft schriftlich widerrufen.

14. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. An die Stelle der unwirksamen, nichtigen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine wirksame Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Regelungslücken.

15. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsbeziehungen zwischen der Beraterin und der Klient:in gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) und der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts. Erfüllungsort für alle Leistungen ist der Sitz der Beraterin, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde. Für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Beratungsvertrag ist das sachlich zuständige Gericht am Sitz der Beraterin örtlich zuständig. Zwingende gesetzliche Gerichtsstände, insbesondere für Verbraucher:innen, bleiben unberührt. Ist der/die Klient:in, Verbraucher:in im Sinne des KSchG, kann sie Klagen auch bei dem für ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Gericht einbringen.

16. Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen dieser AGB sowie des Beratungsvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern nicht eine strengere Form gesetzlich vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für die Abbedingung des Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Mündliche Zusagen von Mitarbeiter:innen der Beraterin sind nur verbindlich, wenn sie von der Beraterin schriftlich bestätigt werden. Der/Die Klient:in wird vor Beginn der ersten Beratung über diese AGB informiert. Die AGB sind auf der Website der Beraterin jederzeit abrufbar und werden der Klient:in auf Wunsch in Textform zur Verfügung gestellt. Änderungen dieser AGB werden der Klient:in rechtzeitig, spätestens zwei Wochen vor ihrem Inkrafttreten, in Textform mitgeteilt. Die Änderungen gelten als genehmigt, wenn der/die Klient:in nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Mitteilung in Textform widerspricht. Die Beraterin wird den/die Klient:in in der Änderungsmitteilung auf die Bedeutung ihres Schweigens besonders hinweisen. Widerspricht die Klient:in, gelten die bisherigen AGB fort; beide Parteien sind dann berechtigt, das Beratungsverhältnis ordentlich zu beenden. Abtretungen von Ansprüchen der Klient:in aus dem Beratungsvertrag an Dritte sind ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Beraterin ausgeschlossen. Die Beraterin ist berechtigt, ihre Rechte und Pflichten aus dem Beratungsvertrag ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, sofern dadurch die Qualität der Beratungsleistung nicht beeinträchtigt wird. Der/Die Klient:in ist hierüber rechtzeitig zu informieren und hat in diesem Fall ein außerordentliches Kündigungsrecht.

Es gelten diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Soulis Life Management FlexCo. in der gültigen Fassung.